



Anfrage an die Verwaltung mit der Bitte um Beantwortung im nächsten HFA:

Der Internetdienstleister Google nimmt momentan für sein Projekt „Street View“ in vielen Städten Straßen und Häuser auf. Viele Bürger sind nicht damit einverstanden, dass ihre Immobilie auf diesem Wege im Internet zu betrachten ist. In einigen Städten werden die Bürger von ihrer Verwaltung dabei unterstützt, Widerspruch gegen diese Aufnahmen einzulegen. In Zusammenhang mit diesem Projekt stellt die UWG Haan folgende Fragen:

1. Wie steht die Verwaltung diesem Projekt gegenüber? Unterstützt sie den Protest der Bürger? Wenn ja: in welcher Form?
2. Die Stadt Ratingen sieht in den systematischen Filmaufnahmen eine kommerzielle Sondernutzung des öffentlichen Straßenraums und fordert eine Sondergebühr in Höhe von 20Euro pro Kilometer. Welche Position nimmt die Verwaltung ein? Ist es sinnvoll, sich wegen dieses Themas mit anderen Kommunen auszutauschen/zusammenzuschließen?

Gerhard Herder, Fraktionsvorsitzender

Anfrage der UWG zu Google Street View vom 1.9.2010

Lied auf Google ändern

Zu 1:

Auf der Startseite des Internetportals der Stadt Haan befindet sich der Musterwiderrspruch "GoogleStreetView" des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz als pdf-Formular. Falls jemand nicht möchte, dass seine Person, sein Haus oder sein Kraftfahrzeug bei GoogleStrietView veröffentlicht wird, kann das Formular online ausgefüllt, ausgedruckt und unterschrieben an Google gesandt werden.

Zu 2:

Aus Sicht der Verwaltung ist die Erhebung einer Sondernutzungsgebühr nicht rechtmäßig, weil keine über den Gemeingebrauch hinausgehende Nutzung öffentlichen Straßenraumes erfolgt.

Hinweis: Die Stadt Ratingen hat zwar eine entsprechende Satzung erlassen, aber bisher noch keine Gebühr eingefordert.